



Niederschrift

62. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. März 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 16 der Tagesordnung: Ausweitung der Sperrbezirke

Antrag: SPD

Vorlage: 2024/0003

Punkt 16.1 der Tagesordnung: Ausweitung der Sperrbezirke

Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2024/0003/1

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

TOP 16.1: Mehrheitliche Ablehnung (15 JA, 23 Nein, 4 Enthaltungen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 5. März 2024; verwiesen aus der Gemeinderatsitzung vom 23. Januar 2024.

Stadträtin Melchien (SPD): Die SPD-Fraktion fordert die Ausweitung der Sperrbezirke für Straßenprostitution. Wir erkennen dabei an, dass unserem Wunsch nach einem sogenannten nordischen Modell, aktuell nicht durch die Stadtverwaltung Rechnung getragen werden kann. Wir bestehen aber darauf, da die Möglichkeiten im Rahmen der Bundesgesetzgebung durchaus vorhanden sind, dass diese auch genutzt werden. Und wir sehen Chancen, dass die Karlsruher Regelung noch auf weitere Wohngebiete, vor allen Dingen aber ausgeweitet werden kann. Wir sind durchaus der Überzeugung, dass gegenwärtig die Argumente beim zuständigen Regierungspräsidium nicht ausreichen. Die Stadtverwaltung hat es eindrücklich dargelegt. Daher schließen wir uns dem an uns gerichteten Wunsch der Bürgerinitiative an, dieses Thema heute nicht abzuschließen und damit die Gefahr einzugehen, es zu beerdigen. Wir wollen, dass unser Antrag, so haben wir es im Hauptausschuss bereits artikuliert, spätestens in einem halben Jahr noch mal zur Tagesordnung wird und dass wir hoffentlich bis dahin genügend Grundlage haben, um beim Regierungspräsidium das auch erwirken zu können, dass der erneute Anlauf nicht scheitert. Natürlich stimmen wir inhaltlich dem Antrag der CDU zu. Es ist ein Teil unseres Antrags und eine Konkretisierung. Selbstverständlich sind wir dafür, auf diese Straßen eine Ausweitung vorzunehmen.

Wichtig aus unserer Sicht ist, dass die Beschwerden, die noch nicht offiziell vorliegen, aber jetzt zumindest auch gesammelt wurden, in sehr kürzester Zeit, auch sehr ernstzunehmende Beschwerden von der Bürgerinitiative am letzten Wochenende, und auch der Einsatz der Interessensgemeinschaft hat auch schon einiges dokumentiert, tatsächlich dann auch beim Regierungspräsidium ankommen, dass das mitgenutzt wird in der Debatte. Es ist auch klar, dass wir wenig tatsächliche Erkenntnisse haben, weil Frauen, die von der Arbeit kommen oder nach Hause gehen zum Gebet und angesprochen werden, was Sex kosten würde, jetzt keine Anzeige bei der Polizei machen. Und dennoch ist es extrem wichtig, dass wir diese Vorkommnisse dokumentieren, weil es natürlich Beschwerden von Belästigungen sind, aus unserer Sicht nicht hinnehmbare Belästigungen. Da ist wichtig, dass die zumindest ausreichend für einen Antrag beim Regierungspräsidium dokumentiert werden, in eine Statistik gepackt, genauso wie jetzt weitere Punkte, Verrichtungen in Sichtweite von Wohngebäuden und vieles mehr, das jetzt schon zusammengekommen ist, in der Kürze der Zeit.

Wir hoffen sehr, dass die weiteren Gespräche zwischen Bürgerinitiative, Ordnungsamt, Polizei, und ich habe es auch so verstanden, dass mit dem Regierungspräsidium durchaus auch die Gespräche weitergeführt werden, hier was bringen, dass wir neben den angekündigten weiteren ordnungsrechtlichen Einzelmaßnahmen schon auch am großen Ganzen hier bleiben. Ich glaube, leider reicht es nicht, dass wir davon überzeugt sind. Wir müssen das Regierungspräsidium überzeugen. Ich hoffe, dass uns das gemeinsam gelingt.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Wir haben bereits im Hauptausschuss erläutert bekommen, dass eine Ausweitung des Sperrbezirks aus aktueller juristischer Sicht nicht möglich ist, dass die Stadtverwaltung wegen diverser Anfragen vonseiten der Bevölkerung, aber auch aufgrund der vorliegenden Anträge bereits das Gespräch mit dem Regierungspräsidium gesucht hat, mit dem Ergebnis, dass die vor acht Jahren eingeführte Ausweitung des Sperrbezirks bereits mit Blick auf die von Ihnen angeführten Schutzinteressen passiert ist. Wir folgen dieser Einschätzung mehrheitlich, weil auch ich habe Fraktionskolleg*innen, die gerne die Straßenprostitution verbieten würden und auch Anhänger*innen des sogenannten nordischen Modells sind, also einem Verbot des Sexkaufs.

Wie auch in der heutigen Debatte leiden aber darunter aus meiner Sicht in erster Linie die Menschen, die wir besonders schützen sollten, nämlich die Frauen in bzw. rund um die Ottostraße, die zwischen 22:00 Uhr und den Morgenstunden aktuell einer legalen Tätigkeit an einem dafür legalen Ort zu einer erlaubten Zeit nachgehen. Sie sollten wir schützen, statt mit Debatten wie der heutigen erneut mit dem Finger auf sie zu zeigen und sie weiter zu stigmatisieren. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Mitgliedern der AG Rotlicht, bei der Kripo, der Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz und den aufsuchenden Sozialarbeiterinnen bedanken, die den Blick immer auf die Frauen und deren Empowerment haben. Vielleicht können wir wirklich noch Verbesserungen in Sachen Beleuchtung, Attraktivität dieser Straßenzüge gemeinsam erreichen. Mehr Verbote an der Stelle befürworten wir allerdings nicht mehrheitlich.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir sprechen heute nicht über Sexkaufverbot, denn das ist jetzt auch nicht unsere Haltung, so etwas einzuführen. Es geht um eine ganz konkrete Sachlage an einem ganz konkreten Ort, nämlich diejenigen Straßenzüge, die wir in unserem Änderungsantrag explizit genannt haben. Ganz klar ist in Ihrer Stellungnahme, ein richtiger Satz steht drin, nämlich dass das Regierungspräsidium zuständig ist für den Erlass.

Daher haben wir auch den Antrag gestellt, dass die Stadt Karlsruhe beim Regierungspräsidium Karlsruhe den Antrag auf Änderung der aktuellen Rechtsverordnung zur Ausweitung des Sperrbezirks in den genannten Straßenzügen stellt. Diese erfordert natürlich eine Begründung unter Nennung konkreter Sachverhaltsdarlegung. Wir meinen, aktuell liegen von der Bürgerinitiative Durlach gegen Prostitution, aber auch von der Unternehmerschaft, die in den betroffenen Straßenzügen eben ansässig ist, einiges an neuen Sachverhaltsdarstellungen dar. Am 16.03. hat die Bürgerinitiative in einer vierstündigen Aktion zahlreiche Beschwerden und Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gesammelt. Diese haben sie uns Gemeinderäte, ich nehme an, vielleicht auch der Stadtverwaltung, das könnten Sie vielleicht intern prüfen, eingereicht mit Zitaten. Auch haben sie auf ihrer Homepage ältere Beschwerden aufgelistet.

Ich möchte aber eins explizit sagen. Es ist nicht die Quantität von Beschwerden erheblich, um einen Antrag zu begründen, sondern ihre Qualität, und wir haben hier ganz unterschiedliche Ängste und Sorgen aus der Bevölkerung und der Unternehmerschaft. Es geht um das Thema Sauberkeit, sodass beispielsweise namhafte Unternehmer schon angedroht haben, sie bringen alles vor das Rathaus hier, wenn man ihre Bedenken nicht ernst nimmt. Es geht aber auch um ein Sicherheitsgefühl von Frauen, Arbeitnehmerinnen dort vor Ort, die an der Haltestelle stehen und dann von Freiern angesprochen werden, was ihnen natürlich nicht nur unangenehm ist, sondern auch ein mangelndes Sicherheitsgefühl vor Ort vermittelt. Es geht um Anwohner, die sagen, vor ihrer Zufahrt spielen sich Dinge ab, die in einem angrenzenden Wohngebiet nicht sein dürften. Wir haben religiöse Einrichtungen vor Ort in der Nähe. Auch da gilt es, einen gewissen Respekt zu zeigen. Ich möchte auch eines sagen. Sie haben einen Sachverhalt, den Sie in der Antragsbegründung liefern können. Es ist im Verwaltungsverfahren aber auch nicht unüblich und durchaus zulässig, dass man Begründungen noch im weiteren Verfahren nachliefert. Das könnte man machen. Man könnte jetzt damit aber den Betroffenen zeigen, dass man ihr Anliegen ernst nimmt und Druck in die Sache bringt, indem man den Antrag beim RP stellt und dann weiterhin noch im Schriftverkehr Begründungen nachliefert.

Stadtrat Høyem (FDP): Liebe Frau Fahringer, nehmen Sie das nicht persönlich, aber ich bin wirklich satt, dass Deutschland nicht weiß, dass es mehr als ein nordisches Land gibt, da gibt es nordische Länder. Was Schweden gemacht hat, als ein utopisches und total blödes Sexkaufverbot, das nicht funktioniert, hat nichts und absolut nichts mit Liberalisieren zu tun. Da gibt es keine nordische Haltung dazu. Dänemark hat eine total andere Haltung. Ich weiß, dass die Medien das immer und immer sagen. Das war ein Versuch in Schweden, Sexkauf zu verbieten, und dieser Versuch ist sogar misslungen. Aber das hat mit dänischer Liberalität nichts zu tun, und das ist nicht nordisch.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Das ist jetzt angesprochen, dass es hier eigentlich nicht um eine Debatte pro oder kontra Sexkaufverbot geht. Das haben Sie auch, Frau Dogan, gesagt, aber ich muss an der Stelle meine Irritation ausdrücken, auch gerade wie in Ihrem Antrag suggeriert wird, wie von diesen Frauen gesprochen wird, wenn es um eine Gefährdung des öffentlichen Anstands geht oder des sozialen Friedens. Also das, finde ich, tut schon sehr klar auch eine Botschaft an die betroffenen Frauen an dieser Stelle schicken. Sie werden auch irgendwie, suggeriert durch den Antrag, für die Verschmutzungen vor Ort verantwortlich gemacht. Diese Art der Argumentation finde ich hochgradig schwierig und kann ich mich in keiner Weise anschließen an dieser Stelle, gleichwohl ich die Bedenken aus Durlach, gerade was das Verhalten von Freiern gegenüber Frauen, die sich dort

bewegen, natürlich ernst nehmen und deswegen zumindest mit dem Antrag der SPD auch mitgehen kann. Was aber ganz klar sein muss an dieser Stelle, Straßenprostitution ist ein wahnsinnig übles Gewerbe, vor allem für die Betroffenen, aber es macht es jetzt nicht besser, wenn wir die Frauen immer weiter und immer weiter an die letzten Bereiche verdrängen, nur damit wir uns als Öffentlichkeit zurücklehnen können, wir sehen es nicht mehr, aus den Augen, aus dem Sinn. Also ich sage, entweder alles verbieten, das wäre das Endziel, oder dann dafür sorgen, dass es nicht immer weiter nur darum geht, dass es aus unseren Augen verschoben wird. Das darf niemals das Argument für eine Ausweitung eines Sperrgebietes sein.

Stadtrat Kalmbach (FWJFÜR): Mit der Vorgehensweise, die Sie vorschlagen, bin ich sehr einverstanden, damit können wir als Fraktion gut leben. Wir sagen, konkrete Maßnahmen ergreifen auf konkrete Beschwerden, und dann schauen wir, was verändert sich im nächsten halben Jahr, im nächsten Jahr. Vielleicht ist dann gut, und es kommen gar keine weiteren Beschwerden. Vielleicht sind die damit abgestellt. Dann wäre es auch schön. Aber deswegen sollten wir das beobachten umsetzen, was verabredet ist.

Stadtrat Schnell (AfD): Auch uns erreichten einzelne Beschwerden aus Durlach, aber die Stellungnahme der Stadt sagt es klar und deutlich. Weder liegt eine solche Ausweitung in den Befugnissen der Stadt, noch sieht das RP sachliche Gründe für eine solche Ausweitung. Das sollte den Antragstellern bereits zuvor bekannt gewesen sein. Dass diese Anträge dennoch gestellt wurden, ist reine Wahlkampfaktik, mit Schaufensteranträge den Bürgern im Vorfeld der kommenden Wahl zu suggerieren, man würde sich tatsächlich um ihre Befindlichkeiten kümmern wollen. Und noch was, dass ich einem Redebeitrag von Frau Fahringer jemals weitgehend zustimmen würde, hätte ich nie gedacht. Ich trage mir das mal rot in den Kalender ein.

Stadträtin Fenrich (pl.): Frau Kollegin Dogan hat vieles richtig gesagt. Es ist in der Tat so, wenn das Regierungspräsidium eine Änderung vornehmen will, dann braucht es natürlich auch entsprechende Fakten. Mir persönlich ist jetzt ein Katalog von Beschwerden nicht bekannt, muss ich ganz ehrlich sagen. Vielleicht ist sie auch nur Ihnen als größere Fraktion zugespült worden, ich weiß es nicht. Aber deswegen wollte ich sagen, wenn man einfach nur von öffentlichem Anstand redet, muss man das mit Tatsachen letztendlich ausfüllen. Das können Anzeigen sein, das können Aufnahmen sein, dass man das schriftlich festhält unter Zeugen etc. Das würde sicherlich was helfen. Also wie gesagt, wenn das so ist, wie die Frau Kollegin Dogan sagt, dass ein entsprechender Katalog da ist, dann sehe ich eigentlich ganz gute Chancen, dass man damit zum Regierungspräsidium gehen und beantragen kann, dass man dieses Sperrgebiet entsprechend ausweitet.

Richtig ist natürlich auch, dass man noch entsprechend nachsteuern kann. Sinnvoll wäre es natürlich, ich sage mal, das ist Theorie, wenn die Polizei gleich da wäre, können die das aufnehmen. Das ist meistens nicht der Fall, denn wenn die da ist, dann passiert sowas eigentlich nicht. Also von daher denke ich, wenn man entsprechendes Material hat, sollte man das entsprechend auch nutzen und den Antrag, wie gesagt, stellen beim Regierungspräsidium.

Der Vorsitzende: Ich nehme jetzt den Unterschied zwischen beiden Anträgen dahingehend wahr, dass die einen sofort einen entsprechenden Antrag an das Regierungspräsidium fordern und die anderen sich unserer Stellungnahme anschließen, dass wir erst mal noch

abwarten, und wenn wir den Eindruck haben, die Rückmeldungen lassen es zu, dass wir in Abstimmung vielleicht auch mit dem Regierungspräsidium davon ausgehen können, dass eine Sperrbezirkserweiterungsbeantragung am Ende erfolgreich sein könnte, dann machen wir das.

Ich möchte nochmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich es für Hochrisiko halte, wenn wir jetzt schon wissen, dass die entsprechenden Unterlagen nicht ausreichen, so etwas zu beantragen, was dann abgelehnt wird. Dann können Sie sich trotzdem damit schmücken, dass Sie es beantragt haben, aber dann ist die Tür halt erstmal zu, generell jetzt bei solchen Vorkommnissen immer wieder die nächsten Straßen in eine entsprechende Sperrbezirkserweiterung reinzunehmen, denn die Straßenprostitution wird nicht verschwinden, selbst wenn man sie dort vor Ort durch die Hineinnahme in einen Sperrbezirk verändert, dann ziehen sie vielleicht nach Hagsfeld um und nehmen ihre Einrichtungen dann im Wohngebiet von Hagsfeld vor sich. Das können Sie rechtlich alles tun. Sie unterschätzen, glaube ich, im Moment, dass fast das ganze Stadtgebiet als möglicher Ort zugelassen ist, und wir sind Gott froh, dass es aber erst ab 22:00 Uhr dort möglich ist und nicht rund um die Uhr möglich ist. Und auch dieser schwer erkämpfte Konsens mit dem Regierungspräsidium, den drohen sie aufzukündigen, wenn wir jetzt mit immer mehr Straßen versuchen, den Sperrbezirk auszuweiten. Es wird völlig klar sein, wenn wir sie aus der Ottostraße wegkriegen sollten durch eine solche Sperrbezirkserweiterung, dann stehen sie an irgendeiner anderen Ecke. Und da wir nachgewiesen haben, das war unsere Begründung für diese Zeitregelung, unabhängig von einer Ortsregelung, dass es fast in Karlsruhe keinen Ort gibt, wo nicht doch benachbarte Menschen oder auch Einrichtungen durchaus betroffen sein können, an der Stelle laufen Sie auch Gefahr, grundsätzlich dieses Agreement, das uns wesentlich weiterhilft, als viele andere Regelungen in anderen Städten, noch mal infrage zu stellen. Auf diese Gefahr möchte ich einfach hinweisen.

Jetzt gibt es den Änderungsantrag der CDU auf sofortige Antragstellung. Und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt stellen wir den SPD-Antrag, hat sich dann erledigt, okay. Wir würden in einem halben Jahr auf Sie zukommen und nochmal mit Ihnen darüber reden, wie sich die Rückmeldungs-lage verändert hat.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
3. April 2024